

„Zu Sachsen gehören Weiß und Grün“

Landtagspräsident Matthias Rößler fordert eine Leitkultur. Volksparteien bräuchten klare Positionen.

Er zählt zu den konservativen Politikern in der CDU. Seit Jahren fordert Sachsens Landtagspräsident Matthias Rößler eine Leitkultur für Deutschland. In einem Gastbeitrag für die Frankfurter Allgemeine Zeitung vertrat er unlängst die These, dass Volksparteien eine „Erdung“ brauchen. Vor allem in Ostdeutschland verstärkte sich das Gefühl, „dass die politischen Eliten maßgebliche Teile der Gesellschaft aus den Augen verlieren und nicht in der Lage sind, drängende gesellschaftliche Fragen aufzugreifen und politisch zu lösen“, schrieb Rößler. Die Sächsische Zeitung sprach mit ihm über die Entwicklung der Volksparteien im Freistaat, das Profil der Union und das Kreuz.

Herr Präsident, wie viele Volksparteien sind aus Ihrer Sicht im Sächsischen Landtag vertreten?

Aus meiner Sicht sind es zwei Volksparteien, die Union und die Sozialdemokratie. Allerdings hatte es die SPD in Sachsen nie leicht. Es ist ihr in den 1990er-Jahren nicht gelungen, die demokratischen Linken aus der ehemaligen SED einzubinden.

Ist die Linke eine Volkspartei?

Sie zeigte über viele Jahre zumindest Elemente einer Volkspartei. Sie ist flächendeckend vorhanden, so wie auch die sächsische Union. Alle anderen Parteien hatten es immer schwer, flächendeckend Strukturen aufzubauen. Und CDU und Linke haben ähnliche Probleme. Die Mitgliederzahlen sinken. Die Bereitschaft, sich dauerhaft an eine Partei zu binden, lässt nach. Im Osten ist sie ohnehin seit jeher geringer.

Einen Mitgliederzuwachs verzeichnet die AfD. Wenn Sie die jüngsten Wahlergebnisse sehen: Ist die AfD eine Volkspartei?

Wissen Sie, Markus Söder hat ja gesagt, die CSU ist eine Partei der Mitte und der demokratischen Rechten. Da hat er recht. Wenn auch die CDU Volkspartei bleiben will, muss sie eine Partei der Mitte und der demokratischen Rechten sein. Genauso wie die SPD nur dann eine Volkspartei bleiben kann und an manchen Stellen wieder werden wird, wenn sie eine Partei der Mitte und der demokratischen Linken ist. Und wenn die Union das nicht mehr kann oder nicht mehr will, dann steht eben rechts von ihr eine neue Partei – wie nun die AfD. Franz-Josef Strauß hat einst gesagt, rechts von der Union darf es keine demokratische Partei geben.

Und: Ist die jetzt da?

Das wird sich zeigen. Interessant wird, wie sich das bei der Landtagswahl in Bayern entwickelt. Die AfD wird vermutlich einziehen, die Frage ist nur, in welcher Stärke. Gerade Oberfranken ist strukturell dem Osten Deutschlands ähnlich.

Sie betonten unlängst, dass Volkes Stimme zentraler auf den Fluren einer Parteizentrale, dafür aber eher in Vereinen, Feuerwehren oder auf der Straße zu hören sei. Müssen Parteien ihren Kommunikationsstil ändern?

Wichtig ist der direkte Dialog mit den Bürgern, mit dem Volk. So wie bei den Bürgerdialogen, die Stanislaw Tillich startete. Da haben wir uns ganz schön etwas anhören müssen. Michael Kretschmer führt das fort. Die Themen der Menschen haben sich nicht groß verändert. Es geht um die Flüchtlingskrise, die Angst vor Parallelgesellschaften, die Stabilität unseres Landes – auch die soziale Stabilität – und um die Frage: Was wird aus unserer angesparten Lebensleistung? Wie geht es weiter mit dem Verhältnis zu unseren östlichen Nachbarn? Und da muss eine Volkspartei klare Positionen haben.



Landtagspräsident Matthias Rößler (63) gehört dem Parlament in Dresden seit 1990 an. Rößler war Kultus- sowie Wissenschafts- und Kunstminister. Landtagspräsident ist er seit 2009.

Foto: Robert Michael

Aber das tun sie doch. Weshalb kommt einem die Stimmung in Sachsen und anderswo dennoch so gereizt vor?

Wie ich es unlängst in einem Beitrag für die FAZ geschrieben habe: Volksparteien müssen für einen handlungsfähigen, stabilen Staat sorgen, Ordnung und Wohlstand erhalten. Der Bürger darf nicht den Eindruck haben, dass der Staat Falschparken rasch ahndet, sich aber überfordert zeigt, wenn es um Abschiebung oder innere Sicherheit geht.

Sie haben Markus Söder erwähnt, der in staatlichen Gebäuden Bayerns Kreuze aufhängen lässt. Glauben Sie, dass das hilfreich ist, um ein Gemeinschaftsgefühl zu fördern?

Lassen Sie es mich so sagen: Das Kreuz gehört zu Bayern wie die Berge. Zu Sachsen gehören die Landesfarben Weiß und Grün – und natürlich Schwarz, Rot, Gold.

Sie setzen sich seit Jahren für eine Leitkultur ein. Wie sieht die aus?

Christentum und Aufklärung haben unsere Werte geprägt. Zudem zählen der Rechtsstaat, demokratische Freiheiten sowie die deutsche Sprache und Kultur dazu, auch religiöse Toleranz. Das hält unsere Ge-

sellschaft zusammen, das sollte eine Volkspartei beherzigen. Und wenn sie dann noch für Sicherheit und Stabilität sorgt, ist mir um die Zukunft unseres Landes nicht bange.

Dennoch verlieren sie Stimmen, auch in Sachsen. Dreierbündnisse sind auf Länderebene keine Ausnahme.

Ich wünsche mir, dass nach der Landtagswahl 2019 zwei Parteien eine stabile Regierung bilden können, so, wie es jetzt der Fall ist. Aber ich hätte natürlich auch nichts gegen eine absolute Mehrheit der CDU.

Landespolitik stößt auf weniger öffentliches Interesse als vor etwa zehn Jahren. Warum?

Der Föderalismus hat in Deutschland eine lange Tradition und ist nach den Erfahrungen des Nationalsozialismus und der DDR sinnvoll und wichtig. Zuletzt gab es Föderalismusreformen, die die Bund-Länder-Beziehungen entflochten und Finanzströme neu geregelt haben. Vereinfacht gesagt: Die Länder können bei weniger Bundesgesetzen mitbestimmen, haben aber mehr Verantwortung bei Bildung, Justiz und der inneren Sicherheit. Und dort versucht sich nun der Bund sozusagen wieder ‚einzukau-

fen‘, etwa im Bildungsbereich. Zudem haben die Länder auch Kompetenzen an Brüssel verloren.

Also hat der Föderalismus keine Zukunft?

Doch, die hat er. Föderalismus hat eine Perspektive. Landespolitik ist nah dran am Bürger, wie die Kommunen auch. Dazu kommt: Bei uns in Deutschland denkt niemand daran, sich aus dem deutschen Staatsverband zu verabschieden, weder in Bayern und schon gar nicht in Sachsen. In einigen europäischen Staaten, die zentralistisch sind, ist das ganz anders. Denken Sie etwa an Spanien mit den Katalanen oder an Italien mit der Lega Nord. Die wollen aus dem Nationalstaat aussteigen. In einem vernünftigen Föderalismus, gerade in einem starken Land wie Deutschland, kann man hingegen die Kompetenzen gut verteilen. Wir brauchen natürlich eine auskömmliche Finanzierung für die Länderaufgaben. Am besten ist es, wenn die Bundesländer das brüderlich und gemeinschaftlich machen und nicht am Tropf des Bundes hängen.

■ Interview: Thilo Alexe.